

Bezugspreis:

Wöchentlich 55 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch- land, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, Ostpreußen, Litauen, Kurland, Ost- u. Westpreußen 1,20 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche. Kreuzband erhaltungen nur gegen nach- bezahlbare Zahlung. Postbezugspreis für Februar 4.— Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Zeit und Welt“ u. „Liebling und Kleingarten“, sowie der Unter- haltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 232-295
Verlag: Dönhofs 2306-2507

Freitag, den 25. Januar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkontokonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distrikto-Gesellschaft, Postkontenlohe Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einfache Nonpareille- zeile 0,70 Goldmark, Mehrzeile 0,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ des Festdrucks Wort 0,20 Gold- mark (außer zwei freigebrachte Worte). Jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenanzeige des ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten je Zeile 0,20 Goldmark. Eine Goldmark - ein Dollar geteilt nach 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden- straße 3, abgegeben werden. Drückt vor 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

ADGB. gegen Verelendungspolitik.

Der bekannte Brief des Reichsfinanzministeriums an den Reichsarbeitsminister hat innerhalb der Arbeiterschaft allge- meine Empörung hervorgerufen. Der Vorstand des Allge- meinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich schon deshalb veranlaßt gesehen, zu dem Schreiben Stellung zu nehmen und seine Auffassung in nachstehender Entschliebung festzulegen:

Der am 23. Januar tagende Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhebt gegen die vom Reichsfinanz- ministerium im Schreiben an den Herrn Reichsarbeitsminister ver- tretene lohnpolitische Forderungen scharfsten Protest.

Das in diesem Schreiben ausgesprochene Verlangen des Reichs- finanzministeriums, durch behördlichen Druck auf die Schlichtungsorgane oder durch Zwangsverordnung Überhaupt die Realisation in der Privatindustrie niederzu- halten oder zwangsweise zu reduzieren, ist ein so unerhörter Übergriff, daß die Reichsregierung über die Antwort des Herrn Reichsarbeitsministers hinaus gegen die vom Reichsfinanzministerium vertretene Auffassung Stellung nehmen muß. Andernfalls würde bei allen Arbeitnehmern jedes Vertrauen in die Autorität und Unparteilichkeit der vom Reich bestellten Schlichtungsorgane schwinden und damit die Möglichkeit einer fried- lichen Beilegung der durch die Schlichtungsorgane jetzt zu lösenden zahlreichen Konflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern ver- loren gehen.

Das Verlangen des Reichsfinanzministeriums wäre abzuweisen, selbst wenn seine Begründung sachlich berechtigt wäre. Denn die Folgewirkung des geforderten omittlichen Eingreifens würde sein, daß die Tariffreiheit aufgehoben wäre. Einen solchen behördlichen Eingriff kann sich keine Tarifpartei gefallen lassen. Die Forderung des Reichsfinanzministeriums ist jedoch auch sachlich nicht begründet. Der von ihm verlangte Lohndruck för- dert nicht den notwendigen Ausbau der deutschen Wirtschaft, sondern hemmt ihn durch die völlige Erödung der inneren Kaufkraft. Die Gewerkschaften haben bereits wiederholt und mit einschneidender Begründung gegen eine im Reichsarbeitsministerium vertretene Auf- fassung, wonach der Wirtschaftszustand ein starkes Niederkommen der Löhne verlange Verwahrung eingelegt.

Der völlig unmotivierte Vorstoß des Reichsfinanz- ministeriums hat eine so tiefe Erregung aller Ar- beitnehmer ausgelöst, daß nur eine klare, unzweideutige Stellungnahme der Reichsregierung Verhütung bringen kann. Der Reklame des Arbeiters ist soweit herabgedrückt, daß eine halbwegs normale Lebensführung un- möglich geworden ist. Die Arbeiter sind nicht dem übermäßigen Angriff von Unternehmerorganisationen ausgesetzt, die ihre wirt- schaftliche Schwäche vielfach strapazieren mißbrauchen. Sie müssen wissen, ob die Reichsregierung diesen Druck, wie ihn das Reichs- finanzministerium will, sanktionieren und durch Durchführung des Vor- gehens des Reichsfinanzministeriums gar noch verstärken will.

Diese Entschliebung ist dem Reichkanzler vom Bundes- vorstand mit dem Ersuchen überreicht worden, „eine Entschlei- bung der Reichsregierung in dem von den Gewerkschaften ge- wünschtem Sinne herbeiführen zu wollen“. — Mit Rücksicht auf die geschaffene große Erregung der Arbeiterschaft bittet der Bundesvorstand den Reichkanzler ausdrücklich um einen schneidenden Bescheid.

Auch die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften haben einen ähnlichen Protest eingereicht.

Verlängerte Arbeitszeit und Feierschichten!

Bochum, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der Feierschichten im Bergbau des besetzten Gebietes nimmt katastrophalen Umfang an. Am Mittwoch wurde von weiteren 16 Schachtanlagen gemeldet, daß sie gezwun- gen seien, den Betrieb mit Feierschichten zu belegen. Als Ursache wird neuerdings auch Abschmangel angegeben, wenn- gleich in der Hauptsache die ungenügende Wagensetzung durch die Regie die Ursache ist. Auf der Zeche „Minister Adenbach“ ist in den letzten Tagen nicht ein einziger Wagen gestellt worden. Die Kollage der von den Feierschichten betroffenen Ar- beiter ist ungemein groß. Infolge der erheblichen Abzüge vom Lohn müssen die beschäftigten Bergarbeiter mindestens drei Schich- ten in der Woche versahen, wenn sie soviel verdienen wollen, wie die Erwerbslosen Unterstützung erhalten. Dabei sind aber drei bis vier Feierschichten wöchentlich durchaus keine Seltenheit mehr. Ueber die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Uebertagebelegschaft des Ruhrbergbaues finden in den nächsten Tagen neue Verhand- lungen statt.

Am Donnerstag wurden auch aus dem Bergbau des unbe- setzten Gebietes Feierschichten wegen Abschmangels gemeldet. Auch dort sind auf einzelnen Zechen bis zu vier Feier- schichten eingelegt worden. Diese Tatsache ist um so ungeheuer- licher, als erst in der letzten Zeit ein großes Kohlenabkommen mit England und der deutschen Reichsbahn abgeschlossen worden ist. Man führt also in größtem Ausmaße englische Kohle in Deutschland ein, während selbst die Arbeiterschaft im unbesetzten Gebiet auf der Strafe liegt.

Die Wirkung der Ricumerträge belastet weiterhin die Gesamtwirtschaft des besetzten Gebietes in sehr erheblichem Maße. Der Vorstand der Phönix-L.G. in Hörde, dessen Werke bisher voll- kommen stillgelegt haben, will nunmehr dazu übergehen, in be- scheidenem Umfang versuchsweise den Betrieb wieder aufzunehmen. Bei Besprechungen mit der Betriebsleitung wurde jedoch betont, daß irgendwelche Verpflichtungen für dauernde Beschäf- tigung oder völlige Wiederaufnahme des Betriebes nicht ge- geben werden können. Zweifellos wirkt die Belastung durch die Ricumerträge in außerordentlichem Maße lähmend auf die Wirt- schaft des Ruhrgebietes ein.

Staatliche Lohnpolitik.

Von Richard Seidel.

Der öffentliche Briefwechsel zwischen dem Reichsminister der Finanzen und dem der Arbeit wirkt wie ein unerhörter Vorgang, ist aber doch nur ein besonders knalliger Effekt in einem Spiel, das seit geraumer Zeit in mehr oder weniger verkleideter Form mit der Arbeiterklasse gespielt wird. Bombenmäßig wirkt besonders der Brief des Herrn v. Schlie- ben, aber auch er kennzeichnet nur in schroffster Form eine längst vorhandene Tendenz der lohnpolitischen Entwicklung.

Die sozialrechtliche Gesetzgebung ist oft von zweischnei- diger und wechselnder Wirkung. Das gilt auch vom staatlichen Schlichtungsweisen und von den verschiedenen Möglichkeiten, die im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten den Parteien des Arbeitsvertrages sowie den Schlichtungsbehörden gegeben sind. Die Arbeiterschaft hatte das bald gefühlsmäßig heraus- gefunden und ihre Haltung zu den Schlichtungsorganen und ihrer Tätigkeit schwankte daher beständig zwischen miß- trauischer Zurückhaltung und sympathischeren Gefühlen.

Im Prinzip bedeutet die Einrichtung von gesetzlichen Schlichtungsorganen, die den Charakter von Behörden, von Organen der Staatsgewalt besitzen, die Beteiligung der Staatsgewalt an der Festsetzung der Bedin- gungen des Arbeitsvertrages. Obwohl wir einen unbedingten Zwang zur Benützung der Schlichtungseinrich- tungen in Deutschland nicht haben, sind die Organe des Schlichtungswesens doch in mehrfacher Beziehung mit weit- reichenden Zwangsmitteln zur Erfüllung ihrer Auf- gabe und damit zur Durchsetzung ihrer Absichten, sofern sie solche haben, ausgestattet. Wir kennen den Verhand- lungszwang, der darin besteht, daß der von einer Partei angerufene Schlichtungsausschuß auch in Abwesenheit der anderen Partei verhandeln und einen Spruch fällen kann; wir wissen, daß ein solcher als Vorschlag für eine Verein- barung zwischen den streitenden Parteien gedachter Spruch bei Ablehnung durch die eine oder andere Partei von der Schlichtungsbehörde für verbindlich erklärt werden kann, wodurch die widerstrebende Partei den Bedingungen des Spruches zwangsläufig unterworfen werden kann. Mit dem Augenblick, da ein solcher Organismus seine Tätigkeit beginnt, bekommt die auf solche Weise in die Lohnvereinbarun- gen der Parteien des Arbeitsvertrages eingeschaltete Staats- gewalt die Möglichkeit, ihre Mitwirkung an der Festsetzung der Bedingungen des Arbeitsvertrages nach allgemeine n staatspolitischen Erwägungen auszuüben. Sie gewinnt die Möglichkeit, den Schlichtungsorganen in der Tat eine Absicht zu geben und, da der Schlichtungsorganismus im wesentlichen vom Reichsarbeitsministerium aus in Be- wegung gehalten wird, die Arbeit der Schlichtungsausschüsse einem zentralen, für alle Schlichtungsbehörden bestimmenden Willen zu unterwerfen.

In solcher Weise ist in der Tat seit langer Zeit verfahren worden. Zahlreiche Merkmale einer solchen Tendenz ließen sich anführen. Wir erwähnen nur, daß zur Zeit der sogenannten Marktstabilisierung der Cuno-Regierung im vergangenen Frühjahr der allgemeine Ruf nach dem Lohnabbau das Reichsarbeitsministerium veranlaßte, den Schlichtungsaus- schüssen die Befolgung dieses Verlangens zu empfehlen. Wir weisen darauf hin, daß alle Schlichtungsverfahren zweck- Vereinbarung der Bergarbeiterlöhne stets vom Reichs- arbeitsministerium selbst geführt worden sind, was zu dem- zwar unausgesprochenen, aber dennoch deutlich erkennbare: Zweck geschah, auf diese Weise den jeweilig zeitgemäßen Spitzenlohn für die gesamte Industrie festzusetzen und der unteren Schlichtungsorganen damit die Grenze zu zeigen, bis zu der sie mit ihren Schiedssprüchen gehen sollten. Und schließlich erinnern wir an eine Aeußerung, die der Reichs- arbeitsminister aller vergangenen, gegenwärtigen und zu- kunftigen Kabinette, Dr. Brauns, in einer Broschüre über die Lohnpolitik schon vor längerer Zeit getan hat. Er schrieb dort:

„Darüber hinaus bietet die Mitwirkung an Tarifverhandlungen dem Reichsarbeitsministerium die Möglichkeit, auf die Beachtung der von ihm als richtig erkannten lohnpolitischen Gesichtspunkte hinzuwirken.“

Für die Gestaltung der tariflichen Arbeitsbedingungen au- dem Wege des Schlichtungsverfahrens wird es also wesentlich darauf ankommen, welche lohnpolitischen Gesichtspunkte der Reichsarbeitsministers „als richtig erkannt“. Es liegt auf der Hand, daß diese Gesichtspunkte wechseln werden, und zwar nicht nur mit den Persönlichkeiten, deren Aufgabe es danach ist, die „richtigen“ lohnpolitischen Gesichtspunkte zu erkennen, sondern auch mit der Kraft des Einflusses, den von außen her die am Arbeitsverhältnis beteiligten Schichten auf die allgemeine Tendenz der Staats- gewalt auszuüben vermögen. Es wäre müßig, näher dar- zustellen, daß von solcher Einrichtung — vom Standpunkt der Arbeiterklasse gesehen — manche gute Wirkung, aber auch viel Unheil ausgehen kann. Und auch hier werden die guten Wirkungen mit dem Unheil wechseln, je nach der Lagerung der allgemeinen sozialen Machtverhältnisse. Ein-

Massingham Botschafter in Berlin?

London, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In diplo- matischen Kreisen orientiert, daß Macdonald den bekannten Schrift- steller H. W. Massingham dazu bestimmt hat, den Botschafter- posten in Berlin an Stelle des Lord d'Albany zu übernehmen, der schon vor einiger Zeit den Wunsch ausgesprochen hat, zurück- zutreten. Massingham ist einer der bekanntesten politischen Schrift- steller Englands und war bis vor kurzem Herausgeber der großen liberalen Zeitschrift „Nation“. Während des Wahlkampfes ging er zur Arbeiterpartei über und teilte diesen Entschluß, der starkes Aufsehen erregte, in einem Artikel des „New Leader“ mit, in dem er ausführte, daß allein die Arbeiterpartei die Gewähr für eine fort- schrittliche Entwicklung der englischen Politik biete.

Die Ernennung eines Journalisten zu einem hohen Auslands- posten bedeutet eine vollkommene Neuerung in der englischen Diplomatie.

Der erste Kabinettsrat.

London, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Kommuniqué über die erste Sitzung des neuen Kabinetts besagt, daß eine Anzahl von Vorschlägen über gewisse Fragen getroffen wurden, ins- besondere über Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Landwirtschafts- problem, sowie über die ehemaligen Soldaten berührenden Fra- gen, namentlich ihre ehemalige Unterbringung in der Verwaltung. Ferner sei die Politik besprochen worden, die das Kabinett bei dem Wiederzusammentritt des Parlaments in seiner programmatischen Erklärung vorlegen werde.

In den dem Völkerverbund nahestehenden Kreisen wird mitgeteilt, daß Macdonald Lord Parmoor erlaubt habe, die Stelle des bis- herigen englischen Vertreters Lord Robert Cecil als erster Dele- gierter Großbritanniens und ständiges Mitglied des Völkerverbundes zu übernehmen. Lord Parmoor, der Kirchenrechtslehrer ist, hat sich seit länger als Vertreter des Völkerverbundes und der Welt- erberbschutz-Compos. betätigt. Er ist der Begründer des „Rats zur Befämpfung der Hungernot“, der für die Hungernden sowohl in Rußland wie auch in Mitteleuropa gearbeitet hat.

Auch Hodges und Gosling Minister.

London, 24. Januar. (WTB) Franz Hodges, General- sekretär des Bergarbeiterverbandes, wurde zum Viscount der Admi- ralität, Harry Gosling, Vorsitzender des Transport- und allge- meinen Arbeiterverbandes, zum Verkehrsminister ernannt.

Macdonald und Poincaré.

London, 24. Januar (Eigener Drahtbericht.) Mit besonderem Eifer wird in hiesigen politischen Kreisen die Frage erörtert, welche Haltung Macdonald als Premierminister Frankreichs gegen über einnehmen werde. Auf Grund seiner Reden und der Erklärungen seiner zeitigen hauptsächlichsten Mitarbeiter im Kabinett während der längsten Unterhausdebatten wird vielfach versichert, daß er nicht daran denke, den Bruch mit Frankreich herbeizuführen, sondern vielmehr versuchen wolle, durch eigene Vorschläge, die mit den Grundfähen der Arbeiterpartei durchaus übereinstimmen würden, Poincaré zu einer neuen Politik zu bewegen. In diesem Zusam- menhange wird bei Unterredungen besondere Bedeutung beige- messen, die er am Mittwoch mit dem in London anwesenden tschecho- slowakischen Außenminister Beneš gepflogen hat. Beneš ist inzwischen wieder nach Paris gereist. Auch Albert Thomas, der im Verlaufe der vorigen Woche mehrere Tage in Berlin weilte und dann nach London reiste, hat hier mit maßgebenden Führern der Arbeiterpartei mehrere Besprechungen geführt. Uebrigens wird Macdonald die Absicht, zug- gesprochen, eine internationale Konferenz einzuberufen.

Geschäftswelt und Arbeiterregierung.

London, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Während in den Wochen vor dem Sturz Baldwin's und noch am Tage des Regie- rungsantritts Macdonalds in den englischen Finanz- und Handels- kreisen eifrig gegen die Arbeiterregierung manöviert wurde, scheint sich die City inzwischen mit den gegebenen Tatsachen abgefunden zu haben. Es macht sich jetzt scheinbar sogar eine Gegenbewegung zu- gunsten der Regierung Macdonalds bemerkbar. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats der Westminster Bank, Walter Leaf, hielt am Donnerstag auf der Jahresversammlung seines Instituts eine Rede, in der er sich gegen den Teil des Publikums wandte, der wegen des Regierungswechsels englische Wertpapiere gegen amerikanische eintauschte. Er erklärte, daß diese Kunden genau so viel mit diesen amerikanischen Vermögensanlagen zu ver- lieren riskieren, wie sie wegen der im Wahlprogramm der Ar- beiterpartei vorgesehenen Kapitalabgabe zu verlieren wähnen. Jede Panik sei als ein Unfug zu betrachten. Im übrigen aber sei die Lage Englands heute stärker denn je.

Verchiebung dieser Machtverhältnisse und der sozialpolitischen Tendenz der Reichsregierung um wenige Nuancen kann genügen, um Fluch in Segen, Segen in Fluch zu verwandeln.

Das letzte war die Absicht des Briefes des Reichsfinanzministers, womit wir indes nicht andeuten wollen, daß wir den Zustand, wie er ohne die vom Finanzminister beabsichtigte Wirkung besteht, als einen Segen für die Arbeiterschaft betrachten. Das Finanzministerium ist in mehrfacher Beziehung an der geltend gemachten Lohnpolitik des Staates interessiert. Es fühlt sich als Teil der Staatsgewalt — und gewiß nicht mit Unrecht — und glaubt in solcher Eigenschaft teilnehmen zu müssen an der Erkennung der „richtigen“ sozialpolitischen Gesichtspunkte. Daß es solche Tätigkeit, wie der Brief zeigt, ganz einseitig im Interesse des Unternehmers auszuüben bestrebt ist, mag zu einem Teil auf unüberwindliche Sympathien mit dieser Seite zurückzuführen sein, hat aber zum anderen Teil seinen Grund darin, daß das Reichsfinanzministerium gleichzeitig selbst Arbeitgeber ist. Der Zweck des Briefes ist, den Staatsarbeitern die Führung in der Entlohnung zuzuwenden und damit dem Finanzminister die Führung in der Lohnpolitik in die Hand zu spielen. Vom Reichsarbeitsminister wird nichts Beringeres verlangt, als daß er den in seiner Hand ruhenden Apparat des Schlichtungswesens für diesen Zweck zur Verfügung stellt, sich also im übrigen jedes weiteren Einflusses auf die Lohnhöhe, den der Reichsarbeitsminister ja gleichfalls nicht zurückweist, begibt.

Diese Zumutung hat der Reichsarbeitsminister zurückgewiesen. Aber im übrigen ist zwischen den beiden Briefen gleichfalls nur ein Unterschied in der Nuancierung. Der Reichsarbeitsminister betont auch in seinem Briefe wieder, er werde nach wie vor bemüht sein, „auf eine einseitliche, den Interessen der Gesamtheit Rechnung tragende Lohnpolitik hinzuwirken und den Schlichtungsbehörden das erforderliche Material für die richtige Beurteilung der Gesamtlage zugehen lassen“. Nur könne man das, sagt er dem Sinne nach hinzu, nicht auf eine so ungefähre Art betreiben, wie das anscheinend vollends vom Reichsminister des Reichsfinanzministeriums sich die Sache denkt. Die Lohnpolitischen Gesichtspunkte des Reichsfinanzministeriums konnte dieser Reichsarbeitsminister eben nicht „als richtig erkennen“, wie in den ersten Teilen seines Briefes ausführlich dargelegt wird. Aber es könnte natürlich auch einen Reichsarbeitsminister geben, der die gleichen oder ähnlichen Anschauungen, wie Herr Luther und die Seinen sie vertreten, geteilt hätte und zur führenden Idee seiner Schlichtungspolitik machte. Noch ein kleiner Ruck — und der letzte Unterschied in der Auffassung besteht nicht mehr. Dann könnte das Schlichtungswesen mit seinen Zwangsmitteln, das unter anderen Umständen wohl ein Segen sein kann, in der Tat zum Fluch gemacht werden, denn dann ist es nichts anderes mehr, als ein neues Machtmittel in der brutalen Hand der besitzenden Schichten. Damit hätte es seinen ursprünglichen Sinn allerdings verloren und das aufgegeben, was an Geist — im besten Sinne des Wortes — in ihm ist.

So zeigen diese beiden Briefe deutlich den graustats-halsbrecherischen Weg, auf dem wir in sozialpolitischer Beziehung wandeln. Sie zeigen aber, in welchem Zusammenhange betrachtet, auch, welche hohe Bedeutung die Arbeitsbedingungen der Staatsarbeiter für die gesamte Arbeiterschaft besitzen. Insofern kommt die von Herrn Luther dankenswerterweise bemerkte Beleuchtung der sozialpolitischen Situation gerade recht in diesem Augenblick, da sehr ernste Differenzen über die Arbeitszeit bei der Reichsbahn bestehen. Denn nicht nur für die Bestimmung der Löhne, sondern ebenso für die Festsetzung der Arbeitszeit nach jenem Monstrum von einer Arbeitszeitverordnung gilt alles das, was wir über die Mitwirkung der Staatsgewalt bei der Verabredung der Arbeitsbedingungen ausgeführt haben.

Eine Helfferich-Legende.

Der angebliche Retter der deutschen Währung.

Die Deutschnationalen, die, als Landbändler kostümiert, im Bunde mit den Reichsverbändlern der Industrie auf die Leitung der Rentenbank entscheidenden Einfluß haben, sehen den Kampf um die Reichsbank fort. Sie haben die Hoffnung, den Reichsbankpräsidenten Schacht durch einen Verleumdungsfeldzug zu beseitigen, noch nicht aufgegeben. Unterdes sorgen sie mit allen Mitteln der Ketzerei, an der sich auch Herr Helfferich persönlich beteiligt, für den Ruhm Helfferichs.

Deshalb ist es notwendig, Helfferichs Werk nüchtern zu überprüfen. Helfferich hat die Sanierung für unmöglich erklärt, solange der Friedensvertrag bestünde, und die Stabilisierung für ausgeschlossen, da Deutschlands Wirtschafts-, Handels- und Zahlungsbilanz passiv wäre. Wir wollen nicht davon sprechen, daß Helfferich sich schuldig vor die groteske Reichsbankpolitik der Papiermarkkredittüchtigkeit gestellt hat. Aber Helfferich hat im Reichstag den Finanzminister Hilferding angegriffen, weil er sein Werk seines Inhalts beraubt hat. Weit entfernt, sich mit der Rentenmark damals zu identifizieren, lehnte Helfferich ausdrücklich die Verantwortung ab, die er heute in Anspruch nimmt. Ebenso erklärte damals die „Deutsche Tageszeitung“ ausdrücklich, daß die Deutschnationale Partei nach den Veränderungen, die Hilferding am Werke Helfferichs vorgenommen habe, jede Verantwortung ablehnen müsse; die neue Währung hätte nichts mehr mit der ursprünglichen Helfferichschen Idee zu schaffen. Heute, wo die Stabilisierung gescheitert ist, sind die Deutschnationalen und Helfferich plötzlich so verantwortungsfreudig geworden, daß sie am liebsten niemand anderes mehr an der Verantwortung teilnehmen lassen wollen.

Man kann aber leicht nachweisen, daß der Plan Helfferichs weder die Finanzsanierung noch die Währungsverbesserung bringen konnte, sondern erst gerade dadurch möglich waren, daß man die Grundgedanken Helfferichs nicht verwirklichte. Helfferich hat nicht die Rentenmark als neue Währung vorgeschlagen, sondern die Roggenpfund-Mark. Der Wert seiner Goldmark, der Roggenmark, wäre abhängig gewesen von den schwankenden Notierungen der Berliner Roggenbörse. In den letzten beiden Monaten schwankte z. B. der Roggenpreis um circa 36 Proz., zwischen 6,40 und 8,80 M. Die Roggenmark wäre also kein fester, sondern ein schwankender Wertmesser gewesen. Dieses so stark schwankende Geld, dessen Schwankungen auch völlig unberechenbar gewesen wären, müßte sich für die Wirtschaft als unbrauchbar erweisen. Industrie und Handel wären, um sich vor Verlusten zu schützen, genötigt gewesen, ihre Gelder möglichst rasch in Devisen oder Waren umzuwandeln. Die Devisenfrage hätte sich nicht vermindert; die Flucht aus der Roggenmark wäre fast ebenso erfolgt wie die aus der Papiermark. Die Umlaufgeschwindigkeit der Roggenmark wäre außerordentlich groß gewesen, nicht viel geringer als die Umlaufgeschwindigkeit der Papiermark. Das hätte die Umlaufgeschwindigkeit der Fiktionalität einen Betrag in der Höhe von 1,2 Milliarden Rentenmark zuzuführen. Denn infolge des raschen Umlaufs wäre das Zirkulationsbedürfnis schon durch die Zuführung von 200—300 Millionen überfüllt worden. Die Aufnahmefähigkeit der Zirkulation für einen Milliardenbetrag war aber die Vorbedingung dafür, daß das Reich diese Summe als Lebergangskredit erhalten konnte, um dann auf die weitere Papiergeldbeschaffung verzichten zu können. Mit der Helfferichschen Roggenmark wäre also die Stabilisierung der Währung überhaupt nicht erreicht worden, weil der ihr zugrundeliegende Warenwert ein durchaus schwankender war. Infolgedessen war es ebenfalls unmöglich, die Finanzen in Ordnung zu bringen. Das Reich hätte entweder die Zahlungen ganz einstellen müssen, was unmöglich ist, oder es

hätte weiter Papiergeld fabriziert und damit sofort das Helfferich-Geld entwertet. Das wäre die unausbleibliche Folge des Vorschlages Helfferichs gewesen.

Gerade die Abänderung des Helfferich-Projekts im entscheidenden Punkt, für die Helfferich die Verantwortung abschnitt und den sozialdemokratischen Finanzminister mit Angriffen überschüttete, hat aus einem unbrauchbaren Vorschlag eine annehmbare Zwischenlösung gemacht.

Gegen die Separatisten.

Die Preussischen Landtagsabgeordneten und Staatsratsmitglieder des besetzten rheinischen und Ruhrgebiets hatten sich am Donnerstag in Berlin zu einer Aussprache über die politische Lage zusammengefunden. Sämtliche Redner stellten sich bei ihren Ausführungen auf den Standpunkt, daß für keine der politischen Parteien, wie überhaupt nicht für die rheinische Bevölkerung, eine Veränderung der staatsrechtlichen Verhältnisse des Rheinlandes, insbesondere nicht eine Lösung von Preußen in Frage kommen könne.

Keine Landtagsauflösung in Sachsen.

Der Antrag mit 51 gegen 38 Stimmen abgelehnt.

Dresden, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im sächsischen Landtag kam am Donnerstag der Antrag auf Auflösung zur Beratung. Genosse Schwarz, der den Antrag begründete, betonte, daß er kein Gegner einer Koalition, auch nicht der großen Koalition, sei. Ob eine Koalitionsregierung zu unterstützen sei, hänge von den jeweiligen Umständen ab. Die Minderheit der Fraktion habe den Antrag gestellt, weil sie von solchen Erwägungen ausgehe. Die Koalition sei bereits zum Tode verurteilt, wenn hinter ihr nicht der geschlossene Wille einer Koalitionsparterie stehe. Die jetzigen Koalitionsfreunde würden die Koalition jederzeit auflösen lassen, wenn sie sich Vorteile davon verschaffen. In letzter Stunde appellierte er an die Genossen in der Regierung, den Riß in der Partei nicht zur Klust zu erweitern.

Der Volksparteier Dr. Riethammer bezeichnete die Ausführungen des Redners über die Koalition als nicht zu treffend, während der Kommunist Böttcher wiederum in der Hauptsache gegen den linken Flügel der Fraktion polemisierte und ihm vorwarf, daß er nicht wisse, was er wolle.

Für die Mehrheit der Fraktion gab Genosse Birch die Erklärung ab, daß sie entsprechend der auf der Landesversammlung abgegebenen Erklärung gegen die von der Minderheit beantragte Auflösung stimmen werde. Die sozialdemokratische Fraktion erkenne die Verpflichtung zu enger Führung mit den Landesinstanzen sowie die Beachtung gefasster Beschlüsse an. Sie sei jedoch durch die Übertragung der Landtagsmandate und der sich daraus ergebenden persönlichen Verantwortung vor der Wählerschaft berechtigt und verpflichtet, in Situationen, die schnelles Handeln gebieten, allein zu entscheiden über Fragen wie die der Landtagsauflösung. Die letzte Entscheidung werde der Reichsparteitag am 30. März haben. Seinem Urteil werde sich die Fraktion fügen. Sie vorher des Disziplinbruches bezichtigen zu lassen, lehne sie ab.

Schließlich wurde der Antrag auf Auflösung des Landtages mit 51 gegen 38 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die Deutschnationalen, Kommunisten und 14 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion. Die Genossen Sellisch und Dr. Sachs hatten sich vor der Abstimmung aus dem Saal entfernt.

Ludendorff-Prozess doch in München.

München, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die im Landtag geäußerten Bedenken gegen die Verlegung des Ludendorff-Prozesses nach Landsberg haben die zuständigen Stellen bewogen, die Hauptverhandlung nunmehr doch in München abzuhalten. Die Hauptverhandlung beginnt am 18. Februar, vormittags 8½ Uhr, im Sitzungssaal des Amtsgerichts in der Au.

Gestohlene Stunden . . .

Von Ruhez.

Lieber Leser, verstehen wir uns richtig! Die gestohlenen Stunden sind vielleicht jene Zeit unseres Lebens, die wir müßig, sinnlos, durch Geiz und Gewöhnung uns nehmen lassen, uns nehmen. Gestohlene Stunden, Stunden, die wir uns stehlen, sind aber auch jene kurzen Peulen im Trost, im Hehen und Blagen der grauen Zeitmühle, da wir beständig werden, mit uns selbst allein sind, den großen Geisern der Welt und damit unserem Ich Gehör schenken.

So stahl ich mir einige Stunden. . . Ich geriet an zwei Bücher: Trojki, „Fragen des Alltagslebens“ und Komain Roland, „Mahatma Gandhi“. Sie zerrissen die Wände meines Zimmers, stürzten Berlin in Atome und trieben die Gedanken über den Erdball, nach Rußland, nach Indien. Von dem einen Riesenland blieben wir uns nun ein etwas zu wissen, von dem Reich der 300 Millionen wissen wir wenigstens, daß wir von ihm nichts begreifen können. Ueber Rußland und über Indien ist ein ungeheuerliches Sturmgebäude, eine ganze Generation von Menschen — unsere Brüder und Schwestern — ist davon bis in die letzte Faser der Seele gepackt, glücklich oder unglücklich geworden. Wir suchen, wenn wir an dieses Erleben anderer denken, den Sinn, den Vergleich, die Erkenntnis. —

Was sagt Trojki's Buch? Nebenbei: es ist entstanden aus einer Besprechung Trojki's mit 25 Moskauer Referenten (dort heißt es auch Organistator, Sekretär, Chef) über Fragen des Alltagslebens: Die Presse, Schnaps, Kino, Kirche, die Familie, den Staat. Er fragte: Wie verbringt der Arbeiter die Sonntage?

Antwort des Agitators: „Wenn Mittel vorhanden sind, geht die Frau Kuchen, während er mit den Kindern spielt, oder auf den Jahrmarkt geht, um etwas zu kaufen, unter anderem auch eine Zeitung. Darauf geht er irgendwo hin in einen Park, zu Besuch zu Bekannten; wenn er Kinder hat, so nimmt er sie mit. Der alleinlebende Arbeiter geht auf den Jahrmarkt, schlendert herum, ist bemüht, irgend etwas möglichst billig zu kaufen, etwas zu sehen zu bekommen, und wenn es ihm langweilig wird, geht er in eine Lesestube. Die alten Männer schauen blauwollen in die Kirche hinein, jedoch sehr selten. . .“

Ergreifend sind die Antworten auf die Frage, ob die Revolution in das Familienleben des Arbeiters Veränderungen hineingetragen habe.

Aus einer Antwort: „Solange wir uns in einer Uebergangszeit befinden und es bei uns keine Kinderkrippen und Kinderheime gibt, werden die Kommunistinnen die Wäsche selbst waschen und die Fußböden wischen, denn sie werden sich nicht vom Familienleben losreißen können, während der Mann in die Versammlungen geht und Zeitungen lesen wird. . .“

Und noch eine Frage: Welches ist das alltägliche Verhältnis der Arbeiter zu den Erscheinungen der neuen ökonomischen Politik?

Antwort: „Neben die neue Bourgeoisie wird nun dann gesprochen, wenn der Arbeiter eine Verletzung seiner Erwerbsschancen sieht, d. h. wenn an den Feiertagen mit seinen Damen beladene Autos eins nach dem andern durch die Villenvororte sausen. . .“

Hat in Rußland der Arbeiter vermocht, sich Stunden zu stehlen, oder sind sie im entwendet, zerstückelt worden? Trojki's Buch beantwortet die entscheidende Frage nicht, er kann sie nicht beantworten.

Mahatma Gandhi lehrte dem Volke von Indien mit der Allgewalt dort Jahrtausende alter religiöser Inbrunst, seit 1919 die Befreiung durch gewaltlosen Widerstand, passives Resistenz, um den Preis des Leidens. Leiden — das große Gesetz Gandhi erschütterte England, er kämpft für das Menschentum der Paria, erreicht Zusammenstößen der Kräfte mit den Mohammedanern, nahm seinen Selbstzug auf für die Einheit Indiens, für die Vereinigung der Religionen, der Rassen, der Parteien und der Kasten. Mit aller Kraft muß er sich dabei gegen den Geist der Gewalt, die Hooligans, das Lumpenproletariat, gegen die Robokratie wehren. (Roland bemerkt dazu: Karl Marx nennt sie „Bogoutraite“, Herrschaft der Straßenjüngens.)

Und was wurde aus jenem ungeheuerlichen Kampf der Gewaltlosen?

„Die allgemeine Gehorsamsverweigerung sollte beginnen, als am 17. November 1921 der Prinz von Wales in Bombay landete. Der Boykott wurde vom Mittelstand und den unteren Klassen ausgeübt. Die Reichen aber, die Kasten, und die offiziellen Persönlichkeiten nahmen keine Notiz davon. . .“

Wieder einmal saßen die Reichen Hoffnung auf gestohlene Stunden eines ganzen Landes. Das übribe besorgen gute europäische Maschinengewehre. Aber. . . sie übrieten den Geist nicht. Der feierliche Streik wurde nicht nur einmal in religiöser Inbrunst friedlich durchgeführt. Gandhi warderte dann ins Gefängnis, von seinen Anhängern geliebt, geschri, angebetet.

Ein Großer urteilt über jene indische Bewegung: Ein neuer Heroismus, den das Leiden erweckt, hat sich auf dieser Erde erhoben. Ein neuer Kampf des Geistes. . .“

Die Menschheit will die ihr gestohlenen Stunden erlangen, sie wird es zwingen. Der Sieg wird Sozialismus sein, oder wie du es sonst nennen magst.

Ausstellung Hoffmann von Fallersleben. Die von der Preussischen Staatsbibliothek verwirklichte Hoffmann-von-Fallersleben-Ausstellung, die mit dem heutigen Tage schließt, erinnert sich zu harten Feiertagen, besonders auch von Seiten der Berliner Schulen, daß sie am 11. Februar 1871 bis zum 1. März 1922, den 27. Januar, einschließlich, geöffnet ist; sie ist bis dahin täglich von 9—3 am Sonntag von 11—3 Uhr unentgeltlich zu besichtigen.

Eine Kaisergeburtstags-Nummer.

Der Tag, an dem nach Gottes unerforschlichem Rat'schluß Wilhelm II. in die Welt gesetzt wurde, gibt der Redaktion von „Sachen links“ Veranlassung zur Herausgabe einer Festnummer, die heute erscheint und die den Beweis liefert, daß dieser Tag die Sproß im deutschen Blätterwald auf dem Wege ist, das beste deutsche Bismarck zu werden. Hier eine kleine Probe seines Inhalts:

Job-Gedicht auf den Sport.

Der Zeitgeist streckt den Biceps und erfüllt mit Knod-out und mit Bauchstoß das Jahrhundert — wenn jemand ist, der sich darüber wundert, der las noch nie die Zeitung: Sport im Bild.

Aus ihr erfährt man, wer die Welt bewegt; ob Roger Tompan oder Breitsträter — Gott ist ein kleiner Mühlenschlüsselstreiter, vergleicht man ihn mit Dem, der Kunden schlägt.

Auch Sokrates hält den Berserkel nicht aus — Und Goethe ist ein kleiner Hund dagegen, was Einer kann, auf dessen Faust der Segen des Ringzerrümmers ruht und des Applaus.

Es schwand schon oft des Kämpfers Ruhmes Schein, von Einem, der nur Kunst und Weisheit schwoh — doch nie von Dem, der jemals Blut verprühte — Und es zerschellt, wie Glas, der Welken Stein an eines guten Bogers Nasenbein. Josephus.

„Sachen links“ erscheint jeden Freitag. Der Preis der Nummer beträgt 25 Pf.

Wozu die Geheimnisräuber? Die preussische Staatsbibliothek beherbergt in zwei kunstvollen Eichenschränken den unveröffentlichten Nachlaß der Brüder Grimm: Briefe, Aufzeichnungen, Handexemplare von eigenen und fremden Büchern mit eigenhändigen Randglossen, Manuskripte, Bilder u. a. m. Die Sachen stehen da seit 1887 und sind 1919 Eigentum der Bibliothek geworden. Aber bis 1949 ist jede Benützung dieses vielfach ganz interessanten Nachlasses an die Zustimmung der noch lebenden Nachkommen Wilhelm Grimms gebunden, und diese Zustimmung scheint bisher grundtätlich verweigert zu sein. Wozu die Geheimnisräuber? Wenn die Testatoren bei Ueberlassung der Schriften jene Bedingung gestellt haben, ist dagegen natürlich nichts zu machen. Aber man wird sich doch fragen: wozu diese Geheimnisräuber? und wird nach 1949 das Interesse an jener Vergangenheit nicht bedeutend abgeschwächt sein?

Die Sterblichkeit in Petersburg. Nach Mitteilungen des Petersburger Statistischen Bureau ist die Sterblichkeit in der Stadt Petersburg im Jahre 1922 auf 13,6 Proz. pro Tausend gegenüber 16,3 Proz. im Jahre 1921; im Jahre 1921 betrug die Sterblichkeit 25,7 Proz. gegen 20,1 Proz. im Jahre 1920 und 34,3 Proz. im Jahre 1919.

Revolutionäre Stabknoten.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung war gestern wieder Schauplatz wüster Redaktionen. Nach außen hin versuchten die Kommunisten, die Urheber des widerlichen Kräfte, die sich nicht scheuten, mit Stabknoten zu werfen und durch ihre Tribünenbesucher ein planmäßiges Redaktionsverbot zu lassen, den Anführer zu erwürgen, als ob es ihnen darum zu tun sei, ernsthaft die Interessen der bedauernswerten Berliner Erwerbslosen zu vertreten. Dem wahlgenährten Bonzen der SPD., Herren Schumacher, Dörr usw., geht und ging es aber natürlich nicht darum. Ihr Kampf galt in erster Linie — wie immer — der Sozialdemokratie und dem neugewählten sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorsteher, dem unter allen Umständen gleich in der ersten Sitzung seiner Amtstätigkeit zum Gaudium der Rechtsparteien ein Bein gestellt werden sollte. Gestern ist das nicht gescheit, es ist klar, daß sie die Versuche wiederholen werden. Die Kommunisten mögen tun, was sie für gut befinden. Nur über eins mögen sie sich bei der Ausarbeitung ihrer Stabknoten bitte vollkommen im klaren sein: Das öffentliche Theater, das sie im Rathaus aufzuführen beabsichtigen, wird die Sozialdemokratie sicher nicht ins Wanken bringen. Ganz im Gegenteil! Solche Szenen sind ein viel zu guter Aufklärungsmittel, als daß sie nicht dazu beitragen sollten, die Kommunisten in sozialistischen Arbeiterkreisen vollständig unmöglich zu machen.

Die dritte Steuernotverordnung.

Es kann berichtet werden, daß das Kabinett die dritte Steuernotverordnung — immer noch verhandelt. Die nach dem schweizerischen „Tag“ (mit der direkten Telephonverbindung zur „D. A. Z.“ des Herrn Etienne) beabsichtigte Erfassung der Entwertungsgewinne soll nicht richtig sein. Ueber den wirklichen und endgültigen Inhalt der dritten Steuernotverordnung soll, um die Würde des Reiches zum Ausdruck zu bringen, für alle wahlberechtigten Deutschen ein Preisausgleich erlassen werden.

Sozialdemokratie gegen Verfassungssturz.

Ein Aufruf des bayerischen Landesausschusses.
München, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Landesausschuss der Sozialdemokratischen Partei in Bayern hat in einer erweiterten Sitzung in Nürnberg zu den schwebenden politischen Fragen genommen, insbesondere auch zu den beiden von der Bayerischen Volkspartei angebrachten Volksbegehren. Hierzu beschloß sie die Veröffentlichung eines Aufrufs an alle Parteifreunde und verfassungstreuen Volksgenossen, der folgenden Wortlaut hat:
„Bayern ist eine Unordnungszone ersten Ranges geworden. Kein anständiger Mensch ist in Bayern seines Lebens sicher! So rief der Führer der Bayerischen Volkspartei kürzlich im Landtage aus. Der unehrlichen Politik der Bayerischen Volkspartei in den letzten Jahren ist es zu danken, daß es so weit kam und daß sich in Bayern Zustände entwickelten, die länger nicht zu tragen sind. Das verfassungsmäßige verantwortliche Kabinett Knilling ist seit Monaten regierungsunfähig. Die Bayerische Volkspartei, die der Regierung den Namen gab, besitzt weder die Kraft noch den Mut, das Kabinett durch eine regierungsfähige Regierung zu ersetzen und in Bayern Recht und Verfassung wiederherzustellen. In ihrer Verzweiflung greift die regierende Partei zu einem Täuschungsmanöver ab. Sie macht diesen Landtag verantwortlich, in dem sie selbst die Entscheidung in Händen hat und ruft zu einem Volksbegehren auf. Die Bayerische Volkspartei verlangt, daß durch Volksentscheidung erstens der Landtag sofort aufgelöst wird, zweitens der neue Landtag die Verfassung ändert. Das erste Begehren ist überflüssig. Das zweite Begehren ist volks- und staatsfeindlich. Unter dem harmlosen Deckmantel der Änderung einiger Verfassungsbestimmungen unternimmt die Bayerische Volkspartei den Versuch, die Grundlagen der jetzigen Verfassung überhaupt zu stürzen und beschwört damit die verhängnisvollen Gefahren für den Bestand des Reichs und die Zukunft des ganzen deutschen Volkes herauf. Wir erziehen alle Sozialdemokraten, alle verfassungstreuen Bayern und aufrichtigen Reichsanhänger, die Bayerische Volkspartei bei diesem Beginnen allein zu lassen. Kein ehrlicher Deutscher, dem die Zukunft und das Wohl seines Vaterlandes am Herzen liegt, gebe seine Unterschrift.“

Neue Niederlage Knillings.

München, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im Verfassungsausschuss des bayerischen Landtages vereinigte sich die Mehrheit auch heute auf zwei sozialdemokratische Anträge, wodurch die Regierung neuerdings in die Widerheit geriet. Die Regierung versuchte bei der zu erlassenden Verordnung über die Sicherung der Wahlfreiheit die Kontrolle des Landtages zu umgehen, wurde aber nunmehr gezwungen, diese Verordnung, die eine wesentliche Einschränkung der Befugnisse des Verfassungsausschusses bedeutet, dem Landtage vorzulegen. Weiterhin wurde die Regierung veranlaßt, endlich jene Verordnung des Verfassungsausschusses aufzuheben, die die Kollaboration des „Vorwärts“, der „Frankfurter Zeitung“, der „Vossischen Zeitung“ und des „Berliner Tageblatts“ in Bayern untersagt. Dieses Verbot war eine der ersten Forderungen des Herrn v. Knorr und nach einem Auspruch des demokratischen Abg. Dr. Müller zweifellos gekennet, Bayern und seine Regierung in der ganzen Welt lächerlich zu machen.

Hitlers madjarische Verbündete.

Budapest, 24. Januar. (M.B.) Im Promy Usain wurden Dr. Franz Ullai, Dr. Bela Szemere und Titus Tobula wegen Auforderung zum Aufbruch zu je 12 wöchentlichem Staatsgefängnis verurteilt, und diese „Strafe“ gilt durch die Präventiv- und durch die Untersuchungsinstanz als verbüßt.
Die Begründung sagt u. a., daß die Angeklagten mit Bayern eine Militärkonvention zur Ermöglichung der Wiederherstellung der Grenzen von 1914 und der gewalttätigen Entfremdung der ungarischen Regierung angestrebt hätten. Daß die Angeklagten sich ernstlich mit der Absicht trugen, mit Bayern eine politische und militärische Heberei zu treffen, geht daraus hervor, daß Ullai selbst nach München fahren wollte und den Vertrag mit sich führte. Die Angeklagten wollten den Vertrag ohne Zustimmung der Regierung abschließen, auf die sie um so weniger rechnen konnten, als

auch die Hitler-Truppen nur aus Aufstürzern

bestand, politische und militärische Verträge aber nur zwischen Regierung und Regierung abgeschlossen werden können.

Das Versammlungsverbot für den Deutschen Herald ist auf Grund einer Beschwerde vom Staatsgerichtshof in Leipzig aufgehoben worden.

Dr. Schachts Pariser Erfolg.

Keine Heberschätzung!

Paris, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Reichsbankpräsident Dr. Schacht, dessen Behauptungen mit den beiden Sachverständigenkommissionen am Mittwoch zu Ende geführt worden, ist am Donnerstag nachmittag von Belvedere empfangen worden, nachdem er bereits am Mittwoch mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission Barthou eine längere Unterredung gehabt hatte. Er trat am Donnerstagabend die Rückreise nach Berlin an. Das positive Ergebnis seiner Aussprache, die rein technischen Charakter hatte und jede Abweisung auf das politische Gebiet vermied, ist in dem von der Reparationskommission am Dienstag veröffentlichten Communiqué niedergelegt. Die Sachverständigen haben sich darin lebhaft im Prinzip zugunsten des von Dr. Schacht etwas allzu einseitig in den Vordergrund geschobenen Projektes der Errichtung einer Goldnotenbank ausgesprochen.

Ohne den persönlichen Erfolg, den Dr. Schacht zweifellos damit errungen hat, vermissen zu wollen, wird man andererseits doch daran warnen müssen, dieses Resultat zu überschätzen. Das erwähnte Communiqué läßt bereits durchblicken, daß das, was Dr. Schacht will und was die Sachverständigen daraus machen möchten, keineswegs identisch ist. In den Kreisen der Sachverständigen scheint man das Hauptgewicht auf den internationalen Charakter des Emissions-Instituts zu legen. Man will nicht nur seinen Sitz ins Ausland verlegen, sondern verlangt auch, daß ausländische Einflüsse in seiner Leitung ausgleichend sein sollen. Von Bedeutung ist außerdem die ausdrückliche Betonung, daß die Sachverständigen das Projekt der Goldnotenbank nur als einen Teil des Gesamtprogramms zur Sanierung der deutschen Verhältnisse und der Voraussetzung für eine Lösung des Reparationsproblems betrachten, daß heißt, daß die Zustimmung des Sachverständigenausschusses zur Errichtung der Goldnotenbank abhängig ist von einer vorherigen Verständigung über dieses Gesamtprogramm. Eine solche Verständigung kann aber heute noch keineswegs als gesichert betrachtet werden. Informationen, die wir von einer der Reparationskommissionen nahe stehenden, gutunterrichteten Quelle erhalten, lassen außerdem befürchten, daß die den Plänen der Sachverständigen zugrunde liegenden Ideen in eine der deutschen Auffassungen stark entgegen gesetzte Richtung zielen. In maßgebenden deutschen Kreisen — auch Dr. Schacht gehört dazu — erblickt man die Lösung des Problems darin, daß Deutschland von den Alliierten zunächst einmütig die Möglichkeit gegeben wird, seine Finanzen, seine Wirtschaft und seinen industriellen Produktionsapparat wieder in Ordnung zu bringen und daß dann Deutschland die wiedergewonnene Kraft in den Dienst der Reparationen stellt, um durch eine bis an die äußerste Grenze seiner Leistungsfähigkeit gehende Pöhlerei der Erfüllung des Reparationsproblems so rasch wie möglich aus der Welt zu schaffen. Wie die Dinge heute liegen, will es zum mindesten sehr fraglich erscheinen, ob die Sachverständigen der Reparationskommission diesen Weg zu betreten bereit sind. Jedenfalls dürfte gegen eine solche Lösung schärfer französisch-belgischer Widerstand zu erwarten sein. Paris und Brüssel, die im Augenblick ein besonders starkes Interesse an Ratenszahlungen haben, werden sich vermutlich nicht nur einem Moratorium widersetzen, sondern auch mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln einen Plan bekämpfen, der darauf abzielt, Deutschlands Währung und Finanzen zu klemmen, ohne gleichzeitig dem Verfall des Frankens Halt zu gebieten.

Opposition im Nationalen Block.

Paris, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In parlamentarischen Kreisen, die noch zu Beginn der Woche das Schicksal der finanziellen Begehrwürde für absolut gesichert hielten, macht sich neuerdings ein starkes Schwanken bemerkbar, das an Intensität zunimmt, je näher der Tag der Entscheidung rückt. Innerhalb des Nationalen Blocks, dessen Hauptstützen sich in internen Fraktionsberatungen für die Annahme der Regierungsvorlage ausgesprochen haben, scheint seit Mittwoch eine Widerrecht heftige Opposition gegen die Regierung zu machen. Zahlreiche Abgeordnete, die in den letzten Tagen in ihre Wahlkreise gefahren waren, um die Stimmung innerhalb der Wählerschaft zu sondieren, sind in einem Zustand starker Enttäuschung zurückgekehrt. In gut unterrichteten Kreisen verkehrt man, daß die radikal-republikanische Kammermehrheit ihre Zustimmung zu der Finanzreform von gewissen Bedingungen abhängig machen werde, an erster Stelle steht die von Belvedere bisher abgelehnte Forderung, daß die Regierung eine Wahlpactate zugunsten des Nationalen Blocks aussele. Das bereits seit einiger Zeit kursierende Gerücht, daß die Abstimmung über die Finanzvorlage einen für die gegenwärtige Regierung fatalen Ausmaß nehmen werde, erhält aus dieser Situation neue Nahrung, und als präsumptiver Nachfolger Poincaré's wird bereits mit ziemlicher Sicherheit Barthou genannt. Wenn es sich jetzt auch nur um Kombinationen handelt, so wird doch mit der Möglichkeit gerechnet werden müssen, daß die nächsten Tage eine für das Kabinett Poincaré kritische Wendung bringen können.

Lenins Totenfeier.

Moskau, 24. Januar. (M.B.) Heute um 7 Uhr morgens traf die zur Heberschätzung der Leiche Lenins bestimmte Delegation in Gorki ein, wo bereits Arbeiterdelegationen in großer Zahl versammelt waren. Um 10 Uhr morgens wurde die Leiche Lenins, die in einem von rotem Stoff überzogenen Sarg ruhte, von Stalin, Bubrow, Krasin, Bucharin, Sinowjew, Komens aus dem Hause getragen. Die nächsten Freunde und Schüler Lenins, die Mitglieder der Regierung und des Zentralkomitees der Partei trugen abwechselnd den Sarg bis zur vier Kilometer entfernten Eisenbahnstation. Unmittelbar hinter dem Sarg folgte die Familie. Auf dem Wege zur Station warteten zahlreiche Bauern, die von weit hergekommen waren, um von Lenin Abschied zu nehmen. Um 1 Uhr mittags erreichte der Trauerzug Moskau. Es folgte eine Andachtspause von 5 Minuten Dauer, während der jede Bewegung ruhte. Dann trugen die Freunde Lenins, unter ihnen Trotski, Rudzutak, Dzierzinski und andere, dann die Bauerndelegationen des allrussischen Kongresses, die Mitglieder des Revolutionsären Kriegsrats den Sarg nach dem Gewerkschaftshaus. Dem Sarge folgten Hunderttausende. Um 3 Uhr wurde die Leiche im Gewerkschaftshaus aufgebahrt, wo die Bevölkerung während dreier Tage von ihrem toten Führer Abschied nehmen kann. Lenin liegt im Sarge in seinem üblichen grauen Anzug; am Kopf ist der Orden des Roten Banners befestigt.

Ein Nachruf Trotski's.

In einem Artikel über die Leistungen und Fähigkeiten Lenins schreibt Trotski u. a.: „Lenin lebt nicht mehr, aber der Leninismus lebt! Das Unterbewußte in Lenin, seine Lehre, seine Arbeit, seine Weisheit, sein Beispiel leben in uns, leben in der Partei weiter, die er schuf, leben im ersten Arbeiterstaat weiter, an dessen Spitze er stand und den er leitete. ... Der schwere Schlag, der uns alle getroffen hat, wird aber zum Glück in Zukunft für uns alle: Deine Verantwortung ist größer geworden. Sei würdig deinem großen Lehrer und Führer! In schwerem Leid und schwerer Trauer läßt sich mir unsere Reiben!“

O'Grady britischer Vorkämpfer in Moskau?

London, 24. Januar. (M.B.) Der diplomatische Vorkämpfer der „Daily News“ meldet, es werde allgemein angenommen, daß nach der Ernennung Rudolfs durch die neue Regierung das Mitglied der Arbeitsfraktion O'Grady der erste britische Vorkämpfer in Moskau sein werde, welcher 1919 in Kopenhagen Verhandlungen über Gefangenenaustausch mit Litwinow führte.

England gegen die Reglebahnen.

Die Sachverständigen für Rückgabe an Deutschland?

London, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In offiziellen Kreisen äußert man sich weiter sehr ungeheilt über den französisch-englischen Eisenbahnkonflikt im Rheinland. Man erklärt, daß die hartnäckige Weigerung der Pariser Stellen, das Abkommen zwischen den englischen Besatzungsbehörden und dem Direktor der französisch-belgischen Eisenbahngesellschaft zu ratifizieren, die Schuld daran trage, wenn dieses Problem ungelöst bleibt. Infolgedessen sei die Linie Ruhr-Düren-Bonn weiter verstopft durch den Regiererverkehr, während die sonstigen Linien, die über Köln führen und die nach dem Abkommen unter sehr günstigen Bedingungen hätten benutzt werden können, unbenutzt blieben. Bedrohliche Regen werden über die Störung des Handelsverkehrs in der Kölner Gegend geführt.

Den „Times“ wird gedroht, daß die in Paris verformelten Sachverständigen gegenwärtig die Möglichkeit prüfen, das gesamte deutsche Eisenbahnnetz den Reparationszwecken dienlich zu machen. Unter normalen Umständen könnten die deutschen Bahnen ebenso wie in der Kriegszeit mit Geist arbeiten, aber nicht wenn die vorrückenden Eisenbahnlinien im besetzten Gebiet aus dem ganzen System der Reichseisenbahnen herausgerissen wären. Die einzige Aufschlüsselung für das Besetzen der französisch-belgischen Ruhrprovinzen zu unternehmen, ist geschwunden und die Wiederherstellung dieser Linien an ihren Besitzern, das Deutsche Reich, damit sie außerhalb des übrigen deutschen Eisenbahnnetzes betrieben werden, eventuell unter zentraler Finanzierung und Kontrolle durch die Alliierten, würde die Ausschichten der Alliierten auf Erlangung von Reparationen wesentlich erschweren.

Befragungs-Schiffen.

Im Ruhrgebiet revidieren die Franzosen jetzt die Geschäftsbücher der Firmen, um festzustellen, ob und wieviel Waren während des passiven Widerstandes ins unbesetzte Gebiet gebracht sind. Es wird mit Verhaftungen und Kriegsgeldern gedroht, wenn nicht die Hälfte des Wertes dieser angeblich „verschobenen“ Waren als Strafe gezahlt wird. Die Industrie wird weiter schwer gehemmt dadurch, daß noch keine Klarheit über die Rückkehr der ausgewiesenen und die Freilassung der verhafteten leitenden Industriellen geschaffen ist. Die Zahl der nach dem französischen Gefängnis in St. Martin de Ré gebrachten Deutschen aus dem besetzten Deutschland ist noch nicht vermindert. Diese Ueberführung nach Frankreich wurde seltener damit begründet, daß die Gefangnisse im besetzten Gebiet überfüllt seien. Das ist aber heute nicht mehr der Fall. Obwohl diese nach Frankreich Verschleppten ausdrücklich als politische Gefangene bezeichnet sind, werden sie in schamlicher Weise behandelt. Einer von ihnen ist mit einem Heger zusammengespart und muß sich Unfassbares gefallen lassen. Das Verfahren gegen die Untersuchungsgefangenen wird verschleppt, so gegen den Regierungspräsidenten von Spener. In Mainz sitzen 38 Deutsche gefangen, die als „secrets“ bezeichnet werden und der Spionage beschuldigt sind. Deutsche Anwälte werden für den bevorstehenden Prozeß gegen diese 38 nicht zugelassen, weil angeblich durch die Teilnahme deutscher Rechtsanwälte gewisse Geheimnisse des französischen Nachrichtensystems und Spionagedienstes der weiteren Offenlegung bekannt werden könnten. Die Pariser Anwaltskommission erklärt jedoch, französische Anwälte für diese Verhandlung nicht benennen zu können, so daß also diese 38 Schwerbeschuldigten ohne Verteidiger vor den französischen Militärtribunalen stehen sollen!

Neue Bedrückung der Pfalz.

Speyer, 24. Januar. (M.B.) Von der französischen Besatzungsbehörde ist erneut die Briefzensur über die Pfalz verhängt worden. Die Separatisten überwachen ihrerseits seit heute in der Pfalz die ein- und ausgehenden Telephongespräche.

Ludwigshafen, 24. Januar. (M.B.) Die Separatisten haben das Erscheinen sämtlicher Zeitungen von heute ab für drei Tage verboten, weil diese ein Flugblatt herausgegeben hatten, in dem sie Einspruch gegen die Eintritte der sogenannten Autonomen Regierung in die Pressefreiheit erhoben.

Der Winzer Loth in Dürkheim in der Pfalz hatte vor dem englischen Generalkonsul Cline mit aller Schärfe gegen die Separatisten Stellung genommen. Jetzt haben die Separatisten das gesamte Vermögen und Besitzum Loths beschlagnahmt. In Speyer hört man die Hysterie der von den Separatisten gefangenen gehaltenen Deutschen über die Strafe schallen.

Französisch-jugoslawisches Bündnis?

Belgrad, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die hier verläutelt, soll ein französisch-jugoslawischer Garantievertrag in Vorbereitung sein. Der Vertrag soll in den Grundlinien dem Vorbild des Vertrags mit der Tschechoslowakei folgen.

Höfliche Merkwürdigkeiten.

In der „Deutschen Zeitung“ wird Klage darüber geführt, daß ein angebliches Protokoll über eine angebliche Sitzung einer Organisation „Bund“ verbreitet werde, um Mitglieder des Alldeutschen Verbandes Ungelegenheiten zu bereiten. Nach dem „Protokoll“ solle an der Sitzung vom 17. Februar 1920 außer Cich auch Oberfinanzrat Wang und der frühere Landrat v. Herzberg teilgenommen haben. In der Sitzung sei von der „Gefühllos“ für den „bevorstehenden Pulsch“ — augenscheinlich der Kampfpulsch — die Rede und von der Verdoppelung der notwendigen Geldmittel. Aufgeregt erklärt die „Deutsche Zeitung“, daß keiner der Alldeutschen an einer solchen Sitzung teilgenommen habe, daß es sich augenscheinlich um eine Fälschung handle. Und sie fügt weiter, wer ein Interesse daran habe, ein solches Protokoll gerade jetzt zur Verbreitung zu bringen, sei es außerdem dem Reichskommissar für die öffentliche Ordnung zuzustellen, wie es tatsächlich der Fall gewesen ist.

Die Hölischen sind unter sich zweifellos von einer beneidenswerten Liebesschwärze. Sie versichern dauernd, daß sie sich für ausländische Kerle halten und beschränken sich doch in Form von Fragestellungen als Spiegel. Mehr kann man nicht verlangen!

Der Arbeitsplan des Landtags.

Der Reichsrat des Landtags beschäftigte sich am Donnerstag mit der Geschäftslage des Landes. Am Freitag sollen nach dem Beschluß des Reichsrats Anträge aus dem Hause behandelt werden. Am Sonnabend wird voraussichtlich der Finanzminister eine größere Rede über die Finanzlage des Preussischen Staates halten. Im Anblich davon soll die Beratung der Anträge fortgesetzt werden. Der Montag bleibt freigelegt, damit der Hauptantrag Zeit erhält, die Grundkreise vorzubereiten. Die Beratung dieser Vorlage wird dann mehrere Tage der nächsten Woche in Anspruch nehmen. Es besteht die Absicht, die Anträge zur Grundkreise und zur Gewerbesteuer bis zum Freitag nächster Woche zu erledigen. Dann soll eine Pause eintreten, bis der Etat vorliegt.

Erlebnis.

In einem Ringbahnsteil 3. Klasse. Gegenüber in die Ecke gedrückt ein blauer Mensch von etwa 40 Jahren. Seine feldgraue Hose, seine Stiefel sind zerdrückt; auf seinem edigen Schädel hoch traurig ein: Seglermütze, die einstmals bessere Tage gesehen hat. Der Mann hat einen kleinen halbgelblichen Kuckuck neben sich. Eine von den vielen traurigen Gestalten, die man jetzt allzu oft sieht. Doch an diesem ist etwas Merkwürdiges, das fesselt: Er hat Augenblicke, in denen er seine Mitreisenden mit einer gewissen herausfordernden Vergnügtheit ins Auge faßt, dann blickt er wie lieblos auf die abgetragene blaue Jacke, die er über einer zweiten trägt, und jedesmal flücht ein fast seltsames Lächeln über sein verhärmtes Gesicht. Man denkt, daß dem Manne kein Sorgen zu Kopf gestiegen sind und blickt verwundert auf seine beiden Jacken, deren Ärmel kaum den halben Unterarm bedecken. Er bemerkt den Blick und lächelt sich veranlaßt zu reden: „Es ist heute wieder recht toll. Sehen Sie,“ sagt er und streicht jählich den einen abgetragenen Ärmel, „die Jacke habe ich heute auf einer Frachttour geschenkt bekommen; Geld gibt es jetzt nicht, es sind zu viele, die fehlen gehen, aber zehn Stellen bringe ich nach Hause.“ Und er klopft auf seinen runden Kuckuck, wie ein Kapitalist auf seine Brieftasche. Er ist arbeitsloser Bäcker. „Bierzehntausend laufen mit mir arbeitslos herum. Ich kann's sofort in der nächsten Stunde Arbeit haben, aufertorisch, für 14 bis 16 Mark die Woche. Der Tarif ist 30 Mark. Soll ich aber mithelfen, den Tarif zu zerbrechen? Niemals, dann lieber hungern!“

Da sitzt ein armseliger, ausgehungert, abgerissener, blauer Mensch und ist ein stiller Held. Ein Held der Kameradschaft und Solidarität. Und allem Trostlosen dieser Zeit zum Trost glimmt ein Funke der Hoffnung auf. Der Mann mit den zwei Jacken hat ihn angezündet.

Das Speisehaus an der Nordbahn.

Eine „Schwarzwaldfische“ in Pantow.

Rot herrscht in Deutschland, herrscht vor allem in Berlin, der Stadt der Millionen. Tausende und aber Tausende haben hier keine Arbeit, aber alle leiden sie Hunger. Die Erwerbslosenunterstützung ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Tausende kennen keine warme Mahlzeit mehr, Tausende haben kein Heim. Es nützt nichts, solches Weiden festzustellen, man muß ihm zu Weibe gehen, denn das Bolles kostbarste Gut ist seine Arbeitskraft. Das wichtigste ist zweifellos, Arbeit zu schaffen, solange es aber an Arbeit mangelt, muß die Arbeitskraft erhalten bleiben. Von diesen Grundfragen ausgehend, hat die österreichische Freundeshilfe unter der rührigen Leitung der nun nicht mehr nur in Wien, sondern auch in Berlin gut bekannten Frau Dr. Schwarzwald, eine willkommene Hilfe organisiert.

Gestern wurde in Pantow, in der Nordbahnstraße, eine Küche für Arbeitslose eröffnet. Täglich werden hier zunächst 400 Menschen ein warmes Mahl erhalten. Vierhundert oder etwa hunderttausend Arbeitslosen, die allein in diesem Bezirk Berlins gemeldet sind. In einer Schulstraße, die der verlagerten Heizung wegen nicht in Benutzung genommen war, ist diese Küche eröffnet worden. Vier große freundliche Speisestühle, in denen die Gäste an kleinen Tischen zu Vierer beieinander sitzen, die Tische weiß gedeckt, die Wände weiß und in freundlichem Braun gezeichnet, Blumen auf Konsolen an den Wänden und auf den Tischen, herrliche Arbeiten der Küche Kollwitz machen die Goststätte anheimelnd und so zu einem schönen Aussenhalt. Es ist richtig, gerade die Armen soll man in freundliche Räume führen. In einer großen Küche dampfen 5 Kessel und auch Kochherde und ein Backofen. Hier wird einfaches, aber schmackhaftes Essen hergerichtet, das weit unter dem Selbstkostenpreis für 30 Pfennige ausgegeben wird. Es kann jeder nur eine kleine Portion von Freiproportionen abgeben werden, und hier hätten kapitalistische Leute noch gute Gelegenheiten zu einem erntereichen Lebenswerk. Mit einer kleinen Feier wurde die Küche eröffnet. Kinder aus Pantower Schulen, Knaben und auch Mädchen, mit Baumkronen im Haar kamen hübsche Bieder, deren erstes auf das Motto: Arbeit, Freiheit, Friede abgestimmt, von der Gastgeberin am Tage vorher verfaßt

(Nachdruck durch Wolff-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

„Erfüllt der Papierfabrikant Hommes seine Pflicht dadurch, daß er seine tägliche in der Equipage spazierensahrende Gattin zu Pferde begleitet? Wer bestimmt, daß es die Pflicht der siebzehnhundert Arbeiter ist, in die Hommes'sche Fabrik zu gehen? Und wer sagt mir, ob es meine Pflicht ist, Amtsrichter zu werden und Urteile zu fällen über andere...“

„Dein eliger Vater und ich!“
... oder in der Fabrik zu arbeiten, oder täglich auszureiten und andere für mich arbeiten zu lassen?“
„Das sind Dummheiten.“ Die Tante faltete ihre Serviette genau zusammen. „Räumen Sie ab!“ Und stieg voran in Jürgens Zimmerchen.

Er mußte sich auf das Kanapee setzen, über dem, in ovalen Rahmen, symmetrisch zu einem großen Oval geordnet, die vergrößerten Photographien der Familie Kolbenreiter hingen. In der Mitte ein Jugendbildnis des Vaters. Die Tante rühte das schon genau in der Tischmitte stehende Resedasträußchen, das sie zur Feier des Tages im Garten geschnitten hatte, in die Tischmitte, zupfte ihr Gesicht, das Papageiüberbandtuch, zurecht. „Du wirst also in eine vornehme Verbindung eintreten. Du trägst eine Mütze, eine grüne oder eine schöne blaue, lernst Schießen und Fechten, natürlich nicht zu echt, eben nur, um deinen Mut zu stählen und weil das dazu gehört... Jetzt nimm die'nen Leuchter! Den Partner dazu bekommst du, wenn ich einmal unter der Erde liege. Das wird bald sein, und nachher kriegst du alles.“

Dann schiederte sie stehend, als lese sie wieder aus ihrem Haushaltungsbuch vor, wie Jürgens ganzes Leben sich gestalten werde: — daß er in soundso viel Jahren diesen und diesen, später einen noch höheren und zuletzt den Beamtengrad eines Amtsrichters erreichen werde, mit soundso viel Gehalt, gelangte zu dem Lebensalter, in dem er einen Orden bekommen würde, und ging über zur Pensionierung. „So will es dein Vater. Wenn du deine Pflicht erfüllst, wirst du als ein Mann begraben, von dem deine Kollegen sagen werden: er soll uns ein schönes Vorbild sein und bleiben... Mehr kann man vom Leben nicht verlangen, Jürgen. Mein Großvater sagte einmal zu mir: Man kann die Achtung, die ein Mensch im Leben genöß, an der Länge seines Leichenzuges messen.“

und die Kinder gelehrt worden war. Der österreichische Gesandte Dr. Kiedl, Oberbürgermeister Böhm, der preussische Ministerpräsident Genosse Braun und der Bürgermeister des 19. Bezirks, Genosse Kubig, feierten in beredenden Worten das Wert praktischer Nächstenliebe. Frau Dr. Schwarzwald antwortete in ihrer lebenswürdig ernsthaften Weise. Eine Schar von Arbeitlosen, die keine Essenarten erhalten konnten, hatten sich vor der Küche versammelt und in ihren Neugierfragen war die Rednerin, die sie gepackt hatte, nur zu sehr zu erkennen. Frau Schwarzwald sprach zu ihnen in sehr verständnisvoller Weise, so daß sich der Betrieb am ersten Tage in aller Ruhe abwickeln konnte. Der kleine Zwischenfall zeigte nur zu sehr, wieviel noch zu tun übrig bleibt. Möge das gute Beispiel, das hier durch tatkräftige Arbeit gegeben wurde, zu regster Nachahmung anregen — es gibt noch sehr viel zu schaffen.

Ein völkischer Studienrat.

Sein Auftreten als Bezirksverordneter und seine Abfertigung.

In der letzten Neudöllner Bezirksversammlung kam es anlässlich der Ortsberatung zu recht stürmischen Auseinandersetzungen zwischen dem Sprecher der „Bürgerlichen Vereinigung“, Studienrat Dr. Bierbach, und dem Bezirksamtsmitgliedsleiter Genossen Dr. Löwenstein, Dr. Silberstein und Rabitz. Dr. Bierbach, obwohl Vertreter der Deutschen Volkspartei, ist in der letzten Zeit ziemlich weit zu den Deutschvölkischen gerückt. So ist es zu erklären, daß jeder Teufel von ihm ausgegriffen und aufgebaut wird, meist ohne Prüfung, mitunter auch, obwohl ihm das Gegenteil bekant sein muß, nur zu dem Zweck, um dem ihm verhassten sozialistischen Magistrat ein auszuweichen. Weil ein russischer Student seit sieben Jahren im Budower Krankenhaus tätig ist, quackelt er von Rechtsbruch und Verschwendung des Bezirksamtes. Genosse Dr. Silberstein als Dezernent gibt bekant, daß dieser russische Student mit Zustimmung des damaligen Oberkommandierenden in den Marken während des Krieges, als es an Personal in den Krankenhäusern mangelte, eingestellt wurde, seit 1921 außer Wohnung und Verpflegung keinen Pfennig für seine außerordentliche Tätigkeit erhält, auch nach Auslage des leitenden Arztes ein äußerst tüchtiger Arzt ist, und daß er nach seiner Approbation die Stellung verläßt; obwohl Dr. Bierbach das alles schon im Haushaltsausfluß erfahren hat, plüßert er sich auf und fröhlt wie der Godel auf dem Müllhaufen. Seine Freunde taten erst entrüstet, aber zum Schluß waren sie recht still. Mit dem zweiten „Fall“ erging es ihm nicht besser. Der Bezirkschur Dr. Hering „soll“ bei einer Revision in der Klasse einer gefühnigten Beherrin Karl von Großen als französischer Kaiser bezeichnet und das Recht Frankreichs auf Lothringen zugegeben haben. Als dann Stadtrat Genosse Dr. Löwenstein feststellt, daß nach seinen Informationen an der vorgelegten Geschichte kein wahres Wort ist, eifriges Schweigen. Die Wit der „Herben“ kommt dann aber in Zwischenrufen: „Der Landtag wird sich damit beschäftigen!“ zum Durchbruch. Es wäre zu wünschen, wenn der Landtag sich einnehmend damit befaßte, damit festgesetzt werden kann, wo die Wahrheit ist. — Dieser merkwürdige Studienrat und Doktor beschwert sich, daß ein anderer Akademiker für seine Dienste so „glänzend“ bezahlt wird und spricht von Verschwendung des Bezirksamtes. Wahrsich, höher geht's nimmer. Auf der anderen Seite mißt er bei den Eltern gegen das Bezirksamt mit unwahren Behauptungen. Als Stadtverordneter mußte Dr. Bierbach nämlich wissen, daß an einen Abbau der Walter-Rathenau-Schule nicht gedacht wird, und doch hat er in einer Elternversammlung behauptet, Genosse Stadtrat Rabitz vermehrte sich im Namen des Bezirksamtes ganz entschieden gegen den Vorwurf der Rechtsbeugung. Nachdem der völkische Bier-Bach durch das Bezirksamt „eine gründliche Reinigung erfahren“ hat, darf man sich der Hoffnung hingeben, daß er eine Zeilung ein annehmbares Aussehen erhält.

Die große Spiegeleisbahn auf dem Müggelsee.

Die Eisbahn auf der großen 40 Zentimeter starken Eisfläche des Müggelsees, die durch das eingetretene Tauwetter und nachfolgender Frost in eine Spiegeleisbahn verwandelt ist, dürfte am Sonntag aller Vorankunft nach einen gewaltigen Verkehr zu erwarten haben. Die nicht immer erwünschten Ewerden für freiwilige Bahnüberführung“ sollen diesmal fort, da kein Schnee auf dem Eise liegt, und so kann der See kostenlos betreten werden. Das Bezirksamt, welches das Verfügnungsrecht über

Jürgen schob über das Lebensziel, ein pensionierter Amtsrichter zu werden, weit hinaus, stieg in wenigen Sekunden zu einer weltberühmten Leuchte der Wissenschaft empor, nahm eine Brust voll höchster Orden, die er nicht einmal beachtete, entgegen, wurde nebenbei Bürgermeister, ließ sich in den Reichstag wählen und übernahm das Ministerpräsidium. Alle Bürger grüßten ihn tief. Dann sah er sich voller Freude seinen kolossalen Leichenzug an.

„Ja, Jürgen, so ist es: seine Pflicht tun und ein geachteter Mann sein...“

Unversehens, wie die Uhr aufhört zu ticken, starb in Jürgen die Begeisterung. Das grandiose Zukunftsgebäude kragte lautlos zuammen.

„Das erste gibst du dem Leben und bekommst dafür vom Leben das andere... Und unseren Eltern und mich hast du ja auch noch“, sagte die Tante und ging. Adolf Sinsheimer war eingetreten.

Er lag im Großvaterstuhl wie der Bord im Klubstessel. „Mein Vater hat sich mir erklärt. Wir haben uns geeinigt über die Zukunft, die ich ergreife.“

„Daß gerade diejenigen, denen ich am allermeisten mißtraue, weil sie mich am allermeisten gequält haben, von mir fordern, ein geachteter Mann zu werden, sollte mir eine Warnung sein, ein solcher zu werden. Vielleicht ist man ganz und gar verloren, wenn man ein geachteter Mann geworden ist.“ „Welche ergreiffst du denn?“

„Industrie, mein Lieber, Industrie! Nur der enorme Aufstieg unserer Industrie hat Deutschlands Weltgeltung begründet... Mein Vater ist übrigens genau derselben Meinung. Ich werde dir nächter beim Spaziergang die Chose zeigen, in die ich eintrete... Uebrigens, rauchst du? Dieses Civi habe ich mir heute zugelegt. Du rauchst nicht? Aber das ist ja toll... Herein!“ rief Adolf schnurrend.

Blinden blieb, verlegen lächelnd, im Türrahmen stehen. Die Kaffeekanne dampfte. Lehnend schlug er das Bein über. „Aber ich bitte, treten Sie doch näher... Trinkst du denn dieses Weißbiergölch?“

„Die ist versteinert, kannst dich darauf verlassen“, sagte er, als Blinden gegangen war. Und auf der Treppe: „Ein Mädchen, das immer gleich lacht, ist verliebt... Unser Protokoll ist übrigens genau derselben Meinung.“ Sie gingen die Straße hinunter.

„Und in wen wäre sie denn verliebt?“ Jürgen sah steif geradeaus.

„In uns natürlich! In einen Mann, gewissermaßen.“ Er

den See hat, hat den See in diesem Jahre nicht verpachtet. Die Begünstigten, welche infolge des hohen Schnees und der geringen Windstärke in diesem Jahre zum Feiern gezwungen waren, vermittelten den Verkehr zwischen Friedrichshagen und den Müggelsebergen. Die Höpender Fräulein haben sich entschlossen, in Folge des Bitterungsumschlages den größten Fräulein am Freitag und Sonnabend noch einmal auszuführen, einmal am Dienstag das große Regitz und dadurch viele Fräulein die Freiheit gewannen, so daß nur zwei Zentner gefangen wurden.

Der gute Onkel in Amerika.

Die Geschichte eines sehlgangenen Briefes.

In die verkehrten Hände geriet ein Brief, der im Juni 1922 ein Amerikaner an einen Geschäftsman in Hamburg senden wollte. Er enthielt zwei Schecks über 400 000 und 84 000 M. Dies sollte ein Herr K. Steffens in Hamburg bekommen. Der Abfender schrieb aber in der Eile Berlin statt Hamburg. Die hiesige Post sorgte nun, weil eine nähere Angabe fehlte, unter dem Namen Steffens nach und hielt eine Witwe K. Steffens in Berlin M. für die Adressatin. Sie fragte hier an, ob der Brief wohl für die Witwe bestimmt sein könne, und die Tochter erklärte, das sei um so wahrscheinlicher, als sie in Amerika einen Onkel habe, der jetzt in den schlechten Zeiten wohl an seine Verwandten in Berlin gedacht habe. Das Mädchen nahm den Brief an, gierrte die Schecks und erhob das Geld. Durch Nachfragen zwischen dem Abfender und dem richtigen Empfänger in Hamburg kam der Irrtum ans Licht. Die Kriminalpostdienststelle, die nach dem Verbleib des Briefes forschte, ermittelte jetzt die Empfängerin und nahm sie fest. Sie behauptete zunächst, daß sie das Geld Jahr und Tag habe liegen lassen, weil sie immer noch eine nähere Auskunft von dem Abfender erwartet habe. Weil sich aber niemand meldete, habe sie es endlich für sich verbraucht. Schließlich gestand sie aber doch, wohl gemußt zu haben, daß der Brief kein Inhalt für einen anderen bestimmt gewesen sei. Es gewinnt aber auch den Anschein, als ob die Post bei der Auslieferung des Briefes doch nicht mit jener unbedingten Sorgfalt verfahren ist, die angesichts der ungenauen Adressierung notwendig gewesen wäre, um jedes Mißverständnis auszuschließen. Wenn auch ungewollt, scheint die Post zur Verfälscherin des Mädchens geworden zu sein.

Steuerdrückebergerei auf dem Lande.

Die Steuerdrückebergerei der Großen und die peinlich genaue Besteuerung der Kleinen ist oft genug in Vergleichen miteinander gestellt worden. Zu welchen steuerlichen Ungerechtigkeiten man dabei unter dem glorieichen alten Regime und unter der Weinherrschaft des Befehls auf dem Lande gekommen ist, beweist uns wieder einmal die Staatssteuerrolle für das Grundvermögen einer kleinen Gemeinde in der Mark, die uns der Zufall in die Hände spielt. Hiernach zahlt beispielsweise der Besitzer A., dessen Grundbesitz über 49 Hektar beträgt, eine Grundvermögenssteuer in Höhe von 1853 M., ein Besitzer B., der nur 4 Hektar sein eigen nennt, zahlt dagegen 500 M. Auf den Hektar umgerechnet, gibt also der Reiche rund 37 M., der Arme aber 125 M. Wird da der „Landsbund“ kommen und sich auf die berühmte „Bonität“ des Bodens herausreden? Hat immer nur der Kleine den guten Boden und der Große Sand und Müll? Nein, es ist schon so, daß auch auf dem Lande aber vielmehr gerade auf dem Lande, was die „Bonität“ angeht, und daß man die Kleinen schröpft, um die Großen ungeschoren zu lassen. Es wäre höchste Zeit, daß die Staatssteuerrollen einmal unparteiisch nachgeprüft würden, um solche Fälle — es dürfte sich bei dieser Landgemeinde der Mark wohl um keinen Einzelfall und keine Ausnahme handeln — zu sammeln und eine gerechte Besteuerung durchzuführen. Aber es müßte schon scharf hingesehen werden, denn die Verschleierungstechnik unserer Großgrundbesitzer auf steuerlichem Gebiete ist ja zur Genüge bekant.

Zimmer noch „kaiserlich“!

„Kaiserlich“ nennt sich noch das Postamt Berlin 48. Noch jetzt, im Januar 1924, hat es eine Postlagerkarte angefertigt, auf der die vorgegebene Bezeichnung „kaiserliches Postamt“ nicht korrigiert ist. Sollten wir die Oberpostdirektion Berlin oder das Reichspostministerium tragen, wie es möglich ist, daß solche skandalösen Vorkommnisse sich immer noch wiederholen, dann wäre man dort gewiß um eine Auskunft nicht verlegen. Wir

schnallte das Ohrenband ab. „Dies hier... weg damit!“ Und schleuderte es auf den Asphalt. Die Ohren erdröten sich. „Es fällt einem verteuert leicht, bei einem so jungen Ding Einbruch zu schinden“, sagte er noch und griff an einen rosafarbenen Schloß. Da rühte auch Jürgen sein fingerfahndendes Schülerkrawattchen zurecht.

„So, dort ist's.“ Adolf deutete über den Platz auf das mächtige Eckhaus.

„Knöpfe“ stand in meterhohen Buchstaben weithin sichtbar zwischen allen vier Eckwerken. Und auf dem Firmenschild: Simon Eberlein, Großes Knopferporthaus Europas, Alle Sorten Knöpfe.

„Hier trete ich als Volontär ein. Nun? ... Halt, erst von hier aus ansehen! Ein ungeheurer Betrieb, mußt du wissen! Handelsbeziehungen überall hin! ... Amerika! Jetzt komm!“

Am Arm führte er Jürgen über den Platz, bis vor den elektrischen Aufzug, der an der Außenseite des Gebäudes angebracht war, und las vor: „3000 Kilogramm und Fräher. Versteht du, damit können 3000 Kilogramm Knöpfe befördert werden... Stelle dir das vor!“

„Das ist allerdings kolossal“, sagte Jürgen träumerisch. „Na, einfach grandios!“ Vorsichtig zog er ihn zu den Portierfenstern, die bis zur Hälfte mit grasgrünen Schutzgittern beschlagen waren.

In gleichartig eingerichteten Bureaus arbeiteten junge Schreiber. An Tafeln, die siebenmal den Arbeitsloal durchnurten, etikettierten feine Mädchenhände Knöpfe auf Akkord. Knopfmuster tafeln bedeckten alle Wände. Die Schreiber in der Rückwand war offen. Dahinter befand sich ein ebensolcher Saal, und durch ihn durch sahen Jürgen und Adolf in einen dritten Arbeitsloal hinein, in dem durch die Perspektive verkleinert, die Menschen sich wie Insekten bewegten.

Ein Schreiber sauste durch die Seitentür herein in den ersten Saal, pfeilschnell durch und hinaus. Unterm Hoftor stand der Bagerist, einen Paß Fruchtbriefe in den Händen, und rief monoton Reichen und Nummern. Der Arbeiter wiederholte singend, und die Fabrikante karrten die aufgerufenen Knopfmuster zum bereitstehenden Lastwagen.

„Riskieren wir's und gehen ins Café? Ich habe Geld.“ „Uebrigens, andernfalls hätte ich dir auch aushe können. Ich stehe dir zur Verfügung. Genügt dir as?“

„Ich habe ja.“

Adolfs Stirn bekam Falten. „Aber ich bitte dich, unter Freunden! Ich bin gerade bei Kasse.“

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Die Dezembereinnahmen.

Wie rasch sich bei einigermaßen energischem Zugriff unsere Reichsfinanzen umbilden lassen, und wie sehr sie noch der Umbildung bedürfen, zeigt der Dezemberausweis aller Reichssteuererinnahmen.

Übersicht der Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben für den Dezember 1921.

(Die Angaben einer Anzahl Klassen des besetzten Gebiets fehlen.)

Bezeichnung der Einnahmen	Goldmark
A. Besitz- und Verkehrssteuern.	
a) Fortdauernde Steuern.	
1 Einkommensteuer:	
a) aus Lohnabzügen	87 351 769
b) andere	3 129 293
2 Körperschaftsteuer	629 637
3 Kapitalertragsteuer	248
4 Reichsnotopfer	924
5 Abgabe nach § 37 des Vermögenssteuergesetzes	—
6 Vermögenssteuer nebst Zuschlag	1 230
6a Vermögenszuwachssteuer	879
7 Besitzsteuer	625
8 Erbschaftsteuer	56 650
9 Umsatzsteuer:	
a) nach dem Gesetz vom 26. Juli 1918	191
b) nach dem Gesetz vom 24. Dezember 1919:	
a) allgemeine	50 578 685
b) erhöhte	1 846 611
10 Grunderwerbsteuer	436 469
11 Kapitalverkehrssteuer:	
a) Wertpapiersteuer	1 475 043
b) Wertpapierversteuer	340 005
c) Wertpapierversteuer	16 473 607
d) Anleihesteuer	32 941
12 Kraftfahrzeugsteuer	582 690
13 Vermietungssteuer	321 939
14 Kennwert- und Korbsteuer:	
a) Totalabnehmersteuer	75 056
b) andere Kennwertsteuer	63 264
c) Korbsteuer	7 706
15 Wechselstempelsteuer	2 750 067
16 Stempel von Frachtturkunden	—
17 Beförderungsteuer:	
a) Personenbeförderung	32 556
b) Güterbeförderung	14 029
18 Zuwachssteuer	—
19 Reichsstempelabgaben von:	
a) Gewinmantel, Wein- und Zinsbogen	—
b) Geldmünzen	—
c) Grundstücksvertragsurkunden	—
Summe a 116 181 770	
b) Einmalige Steuern.	
20 Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs	139
21 Außerordentliche Kriegsabgabe von 1919	175
22 1918	147
23 Kriegsabgabe 1916 nebst Zuschlag	—
24 Währungsvertrag	—
25 Rhein-Abgabe:	
a) von Einkommensteuerpflichtigen	94 059 482
b) von Körperschaftsteuerpflichtigen	29 439 388
c) von Kraftfahrzeugsteuerpflichtigen	40 967
26 Außerordentliche Abgabe von Betrieben:	
a) Arbeitgeberabgabe	30 384 451
b) Landabgabe	6 269 299
Summe b 160 191 092	
Summe A 276 372 862	
B. Zölle und Verbrauchssteuern.	
27 Zölle	4 878 836
28 Kohlensteuer	129 229
29 Tabaksteuer:	
a) Tabaksteuer	6 890 887
b) Tabaksteuerzuschlag	153
c) Tabakertragsteuernzuschlag	97
30 Biersteuer	5 525 068
31 Weinsteuer	1 003 967
32 Mineralwassersteuer	—
33 Aus dem Branntweinmonopol:	
a) Einnahme aus der Branntweinverwertung	1 008 094
b) Freigeld	86
34 Erbschaftsteuer	28 504
35 Zucksteuer	10 881 891
36 Salzsteuer	618 536
37 Ländwaffensteuer	274 835
38 Vermietungssteuer	147 945
39 Spielkartensteuer	12 772
40 Staatliche Gebühre	117 057
41 Aus dem Stoffmonopol	28 619
Summe B 29 040 894	
C. Sonstige Abgaben.	
42 Ausfuhrabgaben des Reichsfinanzministeriums	361 500
43 Ausfuhrabgaben des Reichswirtschaftsministeriums	6 449
44 Brotverorgungsabgabe	7 309 878
Summe C 8 954 827	
D. Nicht gezahlte Einnahmen	
45	452
Im ganzen 312 321 959	
46 Zwangsanleihe	—

Aus der Zusammenstellung ergibt sich, daß nur Rhein- und Ruhrabgabe, Umsatzsteuer, Lohnsteuer, Körperschaftsteuer und Zucksteuer ernsthafte Erträge aufgebracht haben. Die übrigen Steuern, Zölle und Gebühren kosteten in ihrer Mehrheit noch mehr als sie einbrachten. In der Zwischenzeit ist die Rhein- und Ruhrabgabe „abgebaut“ worden, es werden bald wieder Lohn- und Umsatzsteuer das Rückgrat unserer Finanzen sein. Wehrbeitrag, Besitzsteuer, Kriegsteuer 1916, Kriegsabgabe 1918 und 1919, Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, Reichsnotopfer, Abgabe nach § 37 des Vermögenssteuergesetzes, Einkommensteuer 1920 und 1921, Körperschaftsteuer 1920 und 1921 werden auf Grund der zweiten Steuernotverordnung ab 1. Januar 1923 nicht mehr erhoben, nachdem sie längst nicht mehr die Erlöse einbrachten, die für ihre Berechnung verbraucht wurde. Wann kommt endlich die grundlegende und gründliche Steuerreform? Will die Reichsregierung dazu das Ermächtigungsgesetz nicht benutzen? Es droht doch das neue Defizit.

Die Großagrarien auf dem Kriegspfad.

Wer etwas behaupten mag, konnte schon vor Wochen feststellen, daß irgendwo „ernsthafte Erwägungen“ stat fanden darüber, ob man es wagen dürfe, der seit einem Jahrzehnt gequälten Verbraucherenschaft auch noch mit agrarischen Schutzzöllen vor den und auf den Bau zu treten.

Die Erwägungen waren — vertraulich natürlich — schon in die Regierungen der Länder gedrungen und man konnte gespannt sein darauf, wo sie sich wohl zuerst zu ernsthaften Entschlüssen oder besser gesagt, Axiomaten vergegenständlichen würden.

Die Spannung ist jetzt gelöst, und zwar von einer Stelle aus, der man zutrauen kann, daß sie über den Feldzugsplan derer von Ur und Halm sehr wohl unterrichtet ist.

Der Nachrichten dienst der „Post, Ztg.“ bringt aus Stettin folgende sehr interessante Mitteilung:

„Die Landwirte Pommerns halten in Stettin ihre landwirtschaftliche Woche ab. Bei der Begrüßungsfeier hielt Freiherr von Wangenheim eine Rede, in der er seine Berufsgenossen darauf aufmerksam machte, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, wo durch die Anfertigung der Böhrenverhältnisse unserem Volke über das Schwere hinweggeholfen werden müsse. Die Landwirtschaft stände vor Zeiten, die an Capriolo Zeit erinnerten. Schon jetzt mache sich die Auslandskonkurrenz stark fühlbar. In Ostpreußen werde russischer Roggen mit 3 bis 4 M. pro Zentner angeboten, in Kurland heiße man die Lokomotionen mit Getreide. Auch für die Industrie bestele die gleiche Gefahr, daß Deutschland mit billigen Maschinen überschwemmt werde. Man müsse sich daher klar sein über die Forderungen zum Schutze der heimischen Produktion.“

Alle Berufsstände müssen, wenn es in Deutschland wieder aufwärts gehen soll, Hand in Hand arbeiten.“
Das heißt: Wir müssen Schutzzölle haben, damit wir

das arme deutsche Volk, ohne durch eine Konkurrenz bedrückt zu sein, ausplündern können.

Während der ganzen Zwangswirtschaftszeit haben die Herren um Wangenheim in der Presse und im Reichstag nach Weltmarktpreisen geschrien und jetzt, wo ihre Erzeugnisse der gewünschten wirtschaftlichen Preisbildung zurückgegeben sind, treten sie in ihrer traditionellen Unverschämtheit auf den Plan und verlangen den Schutzzollwall, um sie dieser normalen Preisbildung wieder zu entziehen.

Kun wissen die Herren, durch alle Erfahrungen gewöhnt, sehr gut, daß sich solche Raubzüge auf die Taschen der Verbraucher nur vornehmen lassen, wenn man sich rechtzeitig Komplizen sucht, die anteilig mitschleichen können. Herr von Wangenheim deutet dies durch den Schlußsatz der Rede sehr deutlich an: „Alle Berufsstände müssen, wenn es in Deutschland wieder aufwärts gehen soll, Hand in Hand arbeiten.“

In verständliches Agrardeutsch übersetzt würde das heißen: Ihr Industriearbeiter kommt und gebt uns im Reichstage Brotwucherzölle, wir werden euch als Gegenleistung Industriezölle bewilligen lassen.

Die wertvolle Bevölkerung wird nicht versäumen, den Herren ihre sauberen Pläne zu durchkreuzen. Denn diese laufen darauf hinaus, sich in Gestalt von Liebesgaben und mit Hilfe sogenannter Schutzzölle die Steuerlasten des verlorenen Krieges von den Armen der Armen bezahlen zu lassen.

Hannomag-Gold.

Der Konzern der hannoverschen Maschinenbau-A.G., der 1921 mit der Kasseler Henschel u. Sohn-A.G. eine Interessengemeinschaft schloß, durch die rund ein Drittel der gesamten deutschen Lokomotivproduktion zusammengefaßt wurde, hat jetzt seine Bilanz auf Gold umgestellt.

Die Goldbilanz ergibt, daß das Unternehmen keinerlei Substanzverlust erlitten hat. Dabei hat sich allein schon der ausgewiesene Wert der Fabrikanlagen gegenüber 1914 von 13 auf 36 Millionen Mark erhöht!

Das Kapital ist seit 1911 von 8 auf 42 Millionen Mark erhöht worden. Es handelte sich um Erhöhungen, die, in Papiermark bezahlt, dem Werke keine nennenswerte neue Geldsubstanz zugeführt haben. Dafür verdienten die Aktionäre an jeder Kapitalerhöhung große Redenblenden in Form von Bezugsrechten. Jetzt sind jene Papiermarkaktien plötzlich sämtlich Goldwerte, denn das Aktienkapital ist voll durch schuldenfreies Goldvermögen gedeckt. Dabei muß noch beachtet werden, daß auch in der neuen Goldbilanz schon wieder erhebliche Goldreserven stehen.

Was mag das Unternehmen in Wirklichkeit verdient haben und wieviel wird es an — Steuern gezahlt haben?

Arbeiterfragen im Landtag.

Genosse Osterroth über Micum-Verträge und Arbeitszeit.

Vizepräsident Dr. v. Aries erklärt in der gestrigen Landtags-Sitzung die am Mittwoch vorgenommene Abstimmung über den deutsch-nationalen Antrag auf Auslegung der Grundsteuereinsparung für ungültig, weil vorher die Ablegung der Angelegenheit von der Tagesordnung beschlossen war.

Darauf wird die erste Beratung der Verordnung zur Abänderung des Gesetzes betreffend Uebertragung der Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerksbesitzes an eine Aktiengesellschaft fortgesetzt.

Abg. Osterroth (Soz.):

Wir stimmen der Verordnung mit der Einschränkung zu, daß darin keine Vollmacht zur Teilübertragung von Staatsbesitz ohne die allerdringendste Kollege imbegriffen ist. Einen anderen Ausweg gab es nicht, nachdem in der Kommission diesbezügliche Vorschläge von unserer Seite nicht durchgedrungen sind. Wir standen vor der Frage, ob durch Stilllegung der fiskalischen Werke 50000 Menschen brotlos gemacht werden sollten. Des konnten wir mit unserem Gewissen nicht vereinbaren. Wenn von kommunistischer Seite unsere Haltung angegriffen wird, so brauchen wir nur daran zu erinnern, daß die Umstellungen, wie die im preussischen Staatsbergbau, in Rußland nicht einmal, sondern zehn- und hundertmal vorgenommen wurden. Man erinnere sich nur an die großen Transaktionen mit russischen Staatsabgaben, bei denen die Sowjetrepublik mit ihrem Einfluß in einer sehr bedauernden Minderheit blieb.

Festgestellt werden muß, daß die gegenwärtige Finanznot im privaten und staatlichen Bergbau zum größten Teil

Folgen des Micum-Abkommens

sind, das auch eine ungeheure Abstrafe für den Ruhrbergbau eröffnet hat. (Sehr richtig!) Es ist deswegen unverständlich, wenn sich die Kommunisten geradezu zu Verteidigern des Micum-Abkommens hergeben. Die Sozialisten, die bei dieser Gelegenheit den Kommunisten unterlaufen, sind nur dadurch zu erklären, daß sie die Arbeiter nicht beherrschen. Das Reich kann bei seiner Finanzlage die Bergwerksbesitzer im allgemeinen und auch die lokalen Betriebe für diese Reparationsleistungen von 23 Proz. der gesamten Förderung nicht entschädigen. Dazu kommt, daß nach dem Micum-Abkommen die rückständige Kohlensteuer nach der Kohlenförderung die tatsächlich nicht vorhanden war, im Betrage von über 16 Millio-

nen Dollar geleistet werden muß und daß anderthalb Millionen Dollar bei der Eröffnung der Gruben auf den Tisch der Interalliierten Kommission geleistet werden mußten. Das konnten die gemischten Jochen zum Teil noch tun, für den preussischen Staatsbergbau dagegen war es unmöglich. Aber zu diesen Lasten kommt noch eine Abgabe von rund 10 Goldmark je Tonne für die weitere Förderung. Die Umlegung der Last des Micum-Abkommens auf das Reich und die gesamte deutsche Wirtschaft ist deshalb notwendig, und die Bergarbeiterorganisationen haben auch alle erdenklichen Schritte beim Reich unternommen. Aber augenblicklich ist diese Uebernahme der Lasten noch nicht erfolgt. Die Wirkung des Micum-Abkommens ist nun, daß die Preishöhe der Ruhrkohle weit über 10 Goldmark über den Herstellungskosten liegt, so daß bei unserer franten Wirtschaft der deutsche Wirtschaftskörper außerstande ist, die geförderte Menge abzunehmen. Daraus und aus dem Versagen der Regierbahn entspringt die Not, die heute auf dem Ruhrrevier lastet. Die Wirkung ist heute und noch für geraume Zeit hinaus

Massenarbeitslosigkeit und Stilllegung ganzer Zechen.

Hier hat das Reich zweifellos die Pflicht, mit seinen eigenen Mitteln und den Mitteln der gesamten Wirtschaft einzugreifen, wenn nicht Ruhrbergbau und fiskalische Zechen zugrunde gehen sollen.

Wenn die Kommunisten bei dieser Sachlage behaupten, die Verordnung bedeute eine Verschleierung der fiskalischen Werte an die Schwerindustrie, so zeigt auch das, wie wenig wirtschaftliches Verständnis bei den Kommunisten vorhanden ist, die dem Privatkapital eine derartige spekulative Geste zuzumuten.

Von kommunistischer Seite sind in diesem Zusammenhang die Sozialdemokraten und die Bergarbeiterorganisationen heruntergerissen worden, weil letztere der

Arbeitszeitregelung im Bergbau

zugestimmt haben. Richtig ist, daß im Ruhrrevier und darüber hinaus für alle Kohlenreviere einer befristeten Vereinbarung zugestimmt wurde, die unterlagere eine effektive Arbeitskurve mehr bringt, und es ist ausgemacht worden, daß, wenn in der Schwerindustrie überlagere eine andere Regelung eintreten sollte, dann diese Regelung auch im Bergbau Platz greifen soll. Wäre eine solche Vereinbarung nicht zustande gekommen, dann ständen die Bergleute aller deutschen Bergreviere vor viel schlimmerem,

WEISSE WOCHE

Beginn: Montag, den 4. Februar

Vorverkauf: Sonnabend, den 2. Februar

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

